

1 BESCHLUSS VOM SCHLESWIG-HOLSTEIN-RAT

2 Deutschlands schleichenden Irrweg in die Planwirtschaft
3 abwenden

4 Die Junge Union SH fordert:

- 5 • eine Staatsquote von 50% nicht zu überschreiten, außer eine Mehrheit
6 der Mitglieder des Bundestages stellt eine Naturkatastrophe oder
7 außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates
8 entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, nach
9 Art 115, Abs. 2 S. 7 GG fest.
- 10 • eine Staatsquote von 47,3% (der langjährige Durchschnitt der Jahre 1991
11 bis 2024) bis zum Ende der Legislaturperiode des 21. Deutschen
12 Bundestages, zum Jahr 2029 zu erreichen.
- 13 • eine Staatsquote von 45% bis zum Ende des Sondervermögens nach Art
14 143h GG, zum Jahr 2037 zu erreichen.

